

»Mehr forschen, weniger regulieren«

Die deutsche Wirtschaft stagniert, Europa spielt in der Weltpolitik nur eine Nebenrolle. In Zeiten großer technologischer und gesellschaftlicher Umbrüche braucht es ein Umdenken, fordert Prof. Achim Wambach, PhD, Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und Mitglied im Deutschen Ethikrat, im Gespräch mit RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang.

Herr Prof. Wambach, mit Blick auf die Situation im Nahen Osten, den Krieg in der Ukraine und das angespannte Verhältnis zwischen den USA und China: Wo sehen Sie die geopolitische Rolle Europas aktuell?
Europa mit seiner Vielstimmigkeit ist in einer schwierigen Lage, doch das Fehlen eines starken Zentrums ist auch eine Chance. Europa fällt es schwer, die Handelspolitik strategisch einzusetzen, um geopolitischen Druck aufzubauen. Diese vermeintliche Schwäche ist eine Stärke: Dadurch wird Europa zu einem verlässlichen und attraktiven Handelspartner für Länder wie Kanada, Indien oder die Mercosur-Staaten, weil sie keine willkürlichen Entscheidungen befürchten müssen.

Was können wir von Akteuren wie den USA und China lernen?
Im Unterschied zu anderen Nationen hat sich Europa auf Spitzenpositionen ausgeruht und dann den Anschluss verloren, etwa in der Biotechnologie oder bei der Digitalisierung. In China sind dagegen in den letzten 30 Jahren einige der führenden Universitäten entstanden. Wir brauchen weniger Regulierung, damit Unternehmen in Europa besser forschen können, und mehr Exzellenzförderung, um in Forschung und Technologie an der Spitze zu sein.

Wie sollte eine erfolgreiche Exzellenzförderung aussehen?
Eine Ausweitung der Mittel und eine Fokussierung der Förderung auf Zukunftstechnologien. Genau die brauchen wir nämlich, um den Innovationsstandort Deutschland zu sichern.

Wo lässt sich jetzt schon mit der Förderung ansetzen, um vielleicht in 20 Jahren die Nase vorn zu haben?
So weit in die Zukunft zu planen, halte ich für schwierig. Hätte man vor 20 Jahren gewusst, was kommt? Im Jahr 2006 fand bei uns die Fußball-WM statt, das »Sommermärchen«. Was war die meistgenutzte App damals? *Es gab noch gar keine Apps!* Die kamen erst zwei Jahre später auf den Markt, und sie haben die Welt verändert.

Wenn das Ziel ungewiss ist, wie können wir dann überhaupt Innovationen fördern?
Wir sollten mehr auf Grundlagenforschung setzen statt nur auf die Industriepolitik. Im Idealfall braucht es gar keine Industriepolitik. Der Markt sollte sich in einem rechtlichen Rahmen frei entfalten können.

Es gibt doch aber Gründe für Industriepolitik – etwa die Sicherung der Lieferketten.
Ganz ohne staatliche Eingriffe geht es auch nicht bei der jetzt anstehenden Transformation. Das fällt unter Strukturanpassungspolitik. Wenn ein Strukturwandel stattfindet, muss er von der Politik begleitet werden. Den bekommen Märkte nicht von alleine hin, weil sie nicht entsprechend reagieren können. Eine allgemeine Industriepolitik dagegen droht zum Einfallstor für alles Mögliche zu werden. Der Staat hat sich schon auf einige Industrien gestürzt, ohne dass das etwas gebracht hätte.

Was muss die Politik aus Ihrer Sicht besser machen?
Momentan ist der Rahmen für Industriepolitik viel zu weit gefasst. Jede Industrie gilt mittlerweile als »strategisch«. Für Unternehmen lohnt es sich, eher Geld in die Regulierungsabteilung zu geben, um mehr Fördermittel abzugreifen, als in Forschung um Entwicklung, um neue Produkte auf den Markt zu bringen.

Hinken wir im Digitalbereich auch deshalb hinterher, weil wir unsere Unternehmen wegreguliert haben?
Fakt ist: Deutschland hat viel höhere regulatorische Auflagen als andere Länder. Wir sollten Industrien wettbewerbsfähig machen, indem wir sie nicht mit Regeln zuschnüren. Und indem wir etwa Start-ups unterstützen und ihnen die Chance geben, sich zu entwickeln.

Mittlerweile betreffen die Krisen fast alle Politikfelder. Wie setzen wir als deutsche und europäische Gesellschaft da unsere strategischen Prioritäten richtig?
Ich würde unterscheiden zwischen akuter *Krise* und langfristigen Herausforderungen, die auch oft als Krise bezeichnet werden. Wir hatten die Coronakrise, die Gaskrise, die Energiekrise – solche akuten Krisen müssen vorrangig gelöst werden. Wir lernen immer noch, wir evaluieren, und natürlich hätten wir manche Dinge besser machen können. Aber im Großen und Ganzen hat sich Deutschland als sehr robust erwiesen und diese akuten Krisen gut bewältigt. Gleichzeitig verwenden wir den Begriff *Krise* aber auch für langfristige Entwicklungen: Die Klimakrise etwa ist keine Aufgabe für die nächsten zwei Jahre, sondern für die nächsten 50 bis 100 Jahre. Auch der demografische Wandel zeichnet sich seit 20 Jahren ab. Mit diesen Entwicklungen tut sich die Politik sehr schwer.

»Fakt ist: Deutschland hat viel höhere regulatorische Auflagen als andere Länder. Wir sollten Industrien wettbewerbsfähig machen, indem wir sie nicht mit Regeln zuschnüren.«

Warum?
Ein Grund mag sein, dass wir Wähler die Politik nicht genug daran messen und die Regierung deswegen andere Prioritäten setzt. Die Regierung hat die Ausarbeitung der Reform der Sozialversicherung wieder an eine Kommission delegiert. Mit etwas Glück kommt am Ende der Legislaturperiode etwas dabei heraus. Aber diese Strukturanpassung brauchen wir dringend! Im Klimabereich ist Europa zwar ganz gut aufgestellt: 2028 werden wir 90 Prozent der Emissionen bepreist haben, das ist schon ein großer Schritt. Das Problem ist dort, dass bisher keine weltweiten Lösungen in Sicht sind.

Roman Herzog Forschungspreis 2027



ROMAN HERZOG
20 FORSCHUNGSPREIS
27 Soziale Marktwirtschaft

Einsendeschluss ist der 31.12.2026. Alle Infos zur Bewerbung gibt es hier:

Ausgezeichnet werden drei aktuelle wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die einen Beitrag zur Gestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leisten. Bewerben Sie sich!